S7-Petition aus Wolfratshausen

Breites Bündnis fordert Verzicht auf
Industriegleis der Stadt Geretsried

Wolfratshausen/Geretsried – Mehrere Parteien, Bürgerinitiativen und Vereine aus Wolfratshausen wenden sich mit einer Petition zur S 7-Verlängerung an den bayerischen Landtag. Erklärtes Ziel ist es, bei einer Verlängerung der S-Bahn von Wolfratshausen bis Geretsried aus Sicherheitsgründen das bestehende Industriegleis zwischen beiden Städten aufzulassen. Im Hintergrund steht die Hoffnung, so die in Wolfratshausen heftig bekämpfte Schrankenlösung an der Sauerlacher Straße zu verhindern.

Angestoßen und verfasst hat die Petition der Wolfratshausener Heinz Wensauer, der in den vergangenen Wochen die Bürgerinitiative zur Querung der Sauerlacher Straße mit der S-Bahn (BIQ), die Bürgerinitiative für eine Umgehungsstraße, die Siedlungsgemeinschaft Waldram sowie alle Stadtratsfraktionen mit Ausnahme der SPD als Unterstützer gewonnen hat. Eine Delegation aus Mitgliedern aller Gruppen will an diesem Donnerstag nach München fahren und die Petition auf Vermittlung des CSU-Abgeordneten Martin Bachhuber an dessen Parteifreundin und Landtagspräsidentin Barbara Stamm übergeben. Auch Bürgermeister Helmut Forster wird mitreisen. Er unterstützt die Petition nach eigenen Worten als Mitglied der BVW; als Bürgermeister jedoch setzte er sich auf anderen Wegen für das Anliegen ein.

Die Petition fordert das bayerische Wirtschaftsministerium als Auftraggeber der S-Bahn-Planung auf, den Bahnanschluss für die Geretsrieder Industriebetriebe über die neue S 7-Trasse herzustellen und das jetzige Industriegleis aufzugeben. Dieses gehört der Stadt Geretsried und kreuzt in Wolfratshausen an Bahnübergängen die Sauerlacher und die Schießstättstraße sowie die einzige Zufahrt zum Stadtteil Waldram. Dies bezeichnen die Beschwerdeführer wegen des Flüssiggases und der giftigen und explosiven Chemikalien, die auf dem Gleis transportiert werden, als zu gefährlich und verweisen auf einen Vorfall im Juni 2002, als zwei Kesselwaggons mit Chemikalien entgleist waren.

Sollte das Industriegleis wegfallen, dann entfielen rein rechtlich auch der beschränkte Bahnübergang an der Sauerlacher Straße. So lautet zumindest das hintergründige Wolfratshausener Kalkül. Sollte der Übergang dann für die S 7-Verlängerung als Neubau gelten, so darf er laut Gesetz nicht mehr höhengleich ausgeführt werden, müsste also der in Wolfratshausen verlangen Tieferlegung der Gleise unter die Straße weichen. Dies jedoch würde nach den Nutzen-Kosten-Berechnungen der Planer das Projekt so sehr verteuern, dass es überhaupt nicht mehr mit Steuergeld gebaut werden darf. Die Bahn hat ihre Planung mit Schrankenlösung im Dezember abgeschlossen und zum Planfeststellungsverfahren eingereicht. *Matthias Köpf*